



Die Vereinigten Staaten haben ihre militärischen Operationen gegen iranische Ziele erneut ausgeweitet und damit die Spannungen im Nahen Osten auf eine neue Stufe gehoben. Nach Angaben eines amerikanischen Regierungsvertreters griff das US-Militär Raketenabschussrampen auf iranischem Territorium sowie Boote an, die offenbar Seeminen im Persischen Golf platzieren sollten. Das zuständige US-Zentralkommando sprach von „defensiven Maßnahmen“ zum Schutz amerikanischer Soldaten vor Bedrohungen durch iranische Streitkräfte.

Der Zeitpunkt der Angriffe ist bemerkenswert. Nur wenige Stunden zuvor waren iranische Unterhändler in Katar eingetroffen, wo erneut Gespräche über eine mögliche Deeskalation der regionalen Krise stattfinden sollten. Dass Washington parallel militärischen Druck ausübt, deutet darauf hin, dass die Regierung auf eine Doppelstrategie setzt: diplomatische Gesprächsbereitschaft bei gleichzeitiger Demonstration militärischer Entschlossenheit.

Die Lage im Persischen Golf gilt seit Jahren als besonders heikel. Die USA werfen Iran regelmäßig vor, durch Stellvertretergruppen und asymmetrische Operationen die internationale Schifffahrt zu bedrohen. Vor allem der Einsatz von Seeminen erinnert an frühere Eskalationen in der Straße von Hormus, einer der wichtigsten Handelsrouten für den weltweiten Öltransport. Bereits kleinere militärische Zwischenfälle können dort erhebliche Auswirkungen auf Energiepreise und globale Lieferketten haben.

Gleichzeitig verschärft sich auch die Situation an Israels Nordgrenze. Die israelische Regierung kündigte an, ihre Angriffe gegen die libanesische Hisbollah weiter zu intensivieren. Ministerpräsident Benjamin Netanyahu erklärte in einer Videobotschaft, israelische Streitkräfte hätten in den vergangenen Wochen mehr als 600 Kämpfer der Miliz getötet. Zugleich machte er deutlich, dass Israel keinen Kurswechsel plane. „Wir nehmen den Fuß nicht vom Pedal“, sagte Netanyahu. „Im Gegenteil: Ich habe angeordnet, noch stärker zu beschleunigen.“

Damit wächst die Gefahr einer weiteren regionalen Ausweitung des Konflikts erheblich. Die Hisbollah gilt als engster Verbündeter Irans im Nahen Osten und verfügt über ein umfangreiches Raketenarsenal. Ein größerer Krieg zwischen Israel und der Miliz könnte nicht nur den Libanon destabilisieren, sondern auch weitere Akteure wie Syrien oder proiranische Gruppen im Irak hineinziehen.

Die jüngsten Entwicklungen zeigen, wie eng die verschiedenen Krisenherde der Region inzwischen miteinander verflochten sind. Während Diplomaten in Katar über Möglichkeiten zur Eindämmung der Gewalt verhandeln, schaffen militärische Operationen vor Ort fortlaufend neue Risiken. Die entscheidende Frage bleibt daher, ob die beteiligten Staaten



noch Kontrolle über die Eskalationsdynamik besitzen – oder ob der Nahe Osten erneut auf einen umfassenderen regionalen Konflikt zusteuert.

---

## **Der Papst und die Künstliche Intelligenz: Leo XIV. warnt vor einer technokratischen Gesellschaft**

Mit einer der umfangreichsten Enzykliken der vergangenen Jahrzehnte hat Papst Leo XIV. ein Thema aufgegriffen, das bislang vor allem von Technologieunternehmen, Regierungen und Wissenschaftlern dominiert wurde: die gesellschaftlichen Folgen künstlicher Intelligenz. Das rund 42.300 Wörter umfassende Schreiben richtet sich ausdrücklich an „alle Menschen guten Willens“ und versteht sich weniger als theologischer Text denn als moralisch-politischer Appell an die Weltgemeinschaft.

Im Zentrum der Enzyklika steht die Sorge, dass künstliche Intelligenz nicht nur Arbeitsplätze verändert, sondern schleichend menschliche Beziehungen, soziale Verantwortung und individuelle Würde verdrängen könnte. Leo XIV. warnt davor, dass technologische Systeme zunehmend Aufgaben übernehmen, die bislang Ausdruck menschlicher Urteilskraft und persönlicher Verantwortung gewesen seien – von Bildung und Medizin bis hin zu Verwaltung und zwischenmenschlicher Kommunikation. Der Mensch dürfe nicht auf „eine optimierbare Funktion innerhalb technischer Systeme“ reduziert werden.

Bemerkenswert ist dabei weniger die grundsätzliche Skepsis gegenüber Technologie als vielmehr der politische Anspruch des Dokuments. Der Papst fordert Regierungen und Unternehmen auf, klare ethische Grenzen für den Einsatz von A.I. zu definieren. Insbesondere dürften wirtschaftliche Effizienzgewinne nicht zum alleinigen Maßstab gesellschaftlicher Entwicklung werden. Die katholische Soziallehre, die traditionell Arbeit als Teil menschlicher Würde versteht, erhält damit im digitalen Zeitalter eine neue Aktualität.

Dass Leo XIV. die Enzyklika gemeinsam mit Christopher Olah, Mitgründer des amerikanischen A.I.-Unternehmens Anthropic, präsentierte, unterstreicht zugleich den Versuch des Vatikans, den Dialog mit der Technologiebranche zu suchen statt sie pauschal zu verurteilen. Olah gilt innerhalb der Branche als einer der prominentesten Forscher zur Interpretierbarkeit



komplexer KI-Modelle. Seine Teilnahme verlieh dem Auftritt wissenschaftliche Glaubwürdigkeit und symbolisierte den Anspruch, ethische Debatten nicht außerhalb, sondern innerhalb technologischer Entwicklungen zu führen.

Fast noch größere Aufmerksamkeit erregte jedoch ein anderer Teil des Schreibens: Leo XIV. entschuldigte sich ausdrücklich für die historische Rolle des Vatikans im Zusammenhang mit der Sklaverei. Der Papst räumte ein, dass frühere Päpste den transatlantischen Sklavenhandel nicht entschieden genug verurteilt und teilweise Herrscher unterstützt hätten, die von diesem System profitierten. Die Erklärung reiht sich in eine breitere Entwicklung innerhalb der katholischen Kirche ein, historische Schuld offensiver anzusprechen.

Die Verbindung beider Themen — technologische Entmenschlichung und historische Verantwortung — ist kein Zufall. Leo XIV. zeichnet das Bild einer Institution, die aus früherem moralischem Versagen lernen müsse, um den Herausforderungen der Gegenwart glaubwürdig begegnen zu können. Die Enzyklika versteht sich damit nicht nur als Warnung vor den Risiken künstlicher Intelligenz, sondern auch als Versuch, den moralischen Einfluss des Papsttums im 21. Jahrhundert neu zu definieren.

---

## **WEITERE NACHRICHTEN**

Die US-Ölblockade hat Millionen **Kubaner** ohne Kochgas zurückgelassen und sie gezwungen, auf Holzkohle und Brennholz zurückzugreifen.

**Island**, das seine Unabhängigkeit stets entschlossen verteidigt hat, war lange zufrieden damit, nicht Teil der Europäischen Union zu sein. Trumps Drohungen gegenüber Grönland haben nun ein Umdenken ausgelöst.

Große Teile **Großbritanniens** wurden von der ersten Hitzewelle des Jahres erfasst. Meteorologen warnten, dass die Temperaturen auf den höchsten jemals in einem Monat Mai gemessenen Wert steigen könnten.

Christine Macha